

# Sozial steuern



- 4/5 Schieflage beseitigen
- 6 Fekter entdeckt „Bierdeckelsteuer“
- 7 Geld regiert die Welt
- 9 Starke MetallerInnen
- 12 Dauerthema ÖBB-Budget
- 15 Haben Sie eine Lobby?

## Löhne entlasten. Reichtum besteuern.

Die Lohn- und Mehrwertsteuer haben bereits den höchsten Anteil beim Gesamtsteueraufkommen erreicht und steigen jährlich überproportional. Hingegen stagnieren die Anteile aus Einkommens- und Vermögenssteuer oder sinken sogar. Grund genug für eine soziale Steuerreform, die ihren Namen verdient. Der GLB hat dazu ein Konzept vorgelegt und die Kampagne „Sozial steuern“ gestartet.

## Zitate die alles sagen...

**Es gibt praktisch keinen Staat in der EU, der ohne Schenkungssteuer oder Steuer für den Eigentumstransfer auskommt.** Markus Achatz, Steuerrechtsprofessor in Linz, OÖN, 26.6.2007

**Ich bin gegen die Erbschafts- und Schenkungssteuer.** Bundeskanzler Werner Faymann, Die Presse, 1.8.2009

**Steuern sind das, was wir für eine zivilisierte Gesellschaft zahlen.** Oliver Wendell Holmes, US-Verfassungsrichter, Österreichische Gemeindezeitung, 3/2010

**Unvernünftige Einkommen verdienen unvernünftige Spitzensteuersätze.** Hans-Peter Haselsteiner, Strabag-Eigentümer und Ex-LIF-Politiker. OÖN 23.10.2010

**Bei den Themen, die wirklich standortschädlich gewesen wären - nämlich bei Vermögenssubstanzsteuern, bei der Gruppensteuer - ist es nicht zu Verschlechterungen gekommen.** Veit Sorger, Industriellen-Präsident, Der Standard, 29.10.2010

---

### Impressum:

**Herausgeber:** Josef Stingl

**Verleger:** Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

**Redaktion:** Leo Furtlehner, Franz Grün, Roman Gutsch, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Susanna Lindner, Lilian Stadler

**MitarbeiterInnen dieser Nummer:** Karin Antlanger, Werner Beier, Heike Fischer, Leo Furtlehner, Franz Grün, Martina Höllisch, Lutz Holzinger, Rob Jones, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Ursula Lang, Martin Mair, Laura Rafetseder, Anne Rieger, Josef Stingl

**Fotos:** GLB-Archiv

**Cartoon:** Karl Berger

**Lektorat:** Anita Kainz, Susanna Lindner

**Grafik, Satz und Layout:** Franz Grün

**Druck:** Wilhelm Bzoch GmbH, Druck und Verlag, Kupferschmiedgasse 7, 2201 Hagenbrunn

**Redaktionsadresse:** Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugog. 8

**Mail:** office@glb.at, Web: www.glb.at

**ZVR-Nummer:** 783265801

**Bestellungen:** Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

**Einzelpreis:** 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

**Bankverbindung:** BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 31. Oktober 2011

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 6.2.2012 mit Schwerpunkt: **Frauenpolitik**

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

## Kontakt

### GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,  
+43 664 6145012, office@glb.at,  
www.glb.at

### GLB-ÖGB

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,  
+ 43 53444 39491 oder 39490  
oliver.jonischkeit@oegb.at

### GLB-GdG

Elterleinplatz 6/2. Stock, 1170 Wien,  
+43 1 4076 936, glb-gemeinde@inode.at  
www.glb-gemeinde.at

### GLB-PRO-GE

siehe GLB-ÖGB, +43 316 712436

### GLB-GPA-DJP

siehe GLB-ÖGB, +43 664 6145012

### GLB-GPF

siehe GLB-ÖGB, +43 664 4653383,  
roho64@aon.at

### GLB-vida

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,  
+ 43 664 6145713  
franz.gruen@vida.at, www.glbvida.at

### GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach,  
+43 4242 31091, glb@kpoe-villach.at

### GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100 St. Pölten,  
+43 2742 71074 0, lipress@aon.at

### GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz,  
+43 732 652156, glb@gmx.org

### GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,  
+43 662 872244, glb.salzburg@aon.at

### GLB-Steiermark

Lagergasse 98a, 8021 Graz,  
+43 6601426080, glb@glb-steiermark.at,  
www.glb-steiermark.at

### GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,  
+43 6606882875,  
glb@imzoom.info

### GLB-Vorarlberg

p.A. Roland Schmid, Achsiedlungsstraße  
33, 6900 Bregenz,  
+43 676 4976338,  
glb.vorarlberg@vol.at

### GLB-Wien

siehe GLB-ÖGB, +43 664 6145012

# Inhalt

## Seite

Schiefelage beseitigen	4/5
Fekter entdeckt „Bierdeckelsteuer“	6
Geld regiert die Welt	7
„Aktives Altern“ in Bad Ischl	8
Starke MetallerInnen	9/10
Grün im Gesicht	10
Auf zur Vertafelung der Gesellschaft	11
Dauerthema ÖBB-Budget	12
Post: Demontage fortgesetzt	13
Unsere Lehren: Kein Zurückweichen	14
Holen wir endlich die Steuern dort, wo das Geld wirklich liegt!	14
Haben Sie eine Lobby?	15
Nur zwei Drittel	16
Weltweiter Aktionstag	17
15. Oktober: Occupy Austria	17
9/11: Auf einem Auge blind	18
Kasachstan: Streik geht weiter	19
Gleichberechtigte Sozialpartnerschaft?	20
GLB für internationale Solidarität	22

Beilage Steuerkampagne  
(Mittelteil zum Herausnehmen)

## Leserbrief

Gratulation zur aktuellen Nummer der „Arbeit“. Besonders zum Text von Lubomir Bratic.

*Erwin Riess, Wien*

# Editorial



Von Josef Stingl  
Koch

BR Lamerer Stuben Innsbruck  
Bundesvorsitzender des GLB

## „Deppen“-Steuer?!

Ältere Semester erinnern sich noch, am Monatsende gab's im Lohnbüro eine Tüte, darin der verdiente Monatslohn. Zu Hause wurde sie geleert, die Miete – meist ebenfalls „cash – dem Vermieter überreicht und allfällige Verpflichtungen wie Versicherungen etc. am Postamt oder in einer Bankfiliale mittels „Erlagschein“ überwiesen.

Dann kam ein Superangebot, sich doch Lohn oder Gehalt überweisen zu lassen und die Zahlungsverpflichtungen gleich per Dauerauftrag abbuchen zu lassen – und das alles GRATIS! Sollten einmal die Ausgaben höher sein, auch kein Problem: Kein um Vorschuss bitten und betteln mehr beim Chef, Kontoüberziehen hieß das neue Service.

Heute, Jahre später hat sich daran nichts geändert – außer dass nichts mehr GRATIS ist. Und Österreich hat in der EU eine der teuersten Bankgebühren. Nur in Italien, Spanien und Frankreich werden wir BankkundInnen noch mehr geschöpft als hierzulande. Angefangen hat alles mit Zeilengebühren im Groschen-Bereich, heute schlägt ein Gehaltskonto durchschnittlich mit 150 Euro im Jahr zu Buche. Die zwei, drei, vier Euro für die direkte Einzahlung eines Zahlscheins sind ja schon ein alter Hut, die Banken aber immer findiger wenn's um Erfinden neuer „Gebühren“ geht: Kontoführungs-, und Buchungszeilengebühr und wenn möglich alles so oft es geht gesplittet:

So wird zwischen Entgelte für automatisierte Buchungen (kosten einige Cents) und Entgelte für händisch bearbeitete Buchungen (kosten z.B. bei der BAWAG 1,50 Euro) unterschieden. Die gleiche Bank verlangt ebenfalls einen Euro für jede Behebung des eigenen Geldes „mit dem Luxus“ es sich beim Bankschalter zu holen und nicht beim Bankomaten. Oder die Tiroler Raiffeisenbank, sie hebt eine Gebühr für Geldziehen bei „Fremdbankomaten“ ein..

Wir „Deppen“ dürfen diese „Steuern“ bezahlen. Bankwechselln ist nur ein kurzfristiger Ausweg. Sicher wie das Amen im Gebet ist, dass die sog. Direktbanken, die dzt. noch „GRATIS“-Gehaltskonten anbieten, nach genug großem Kundenstock in die „Gebührenlotterie“ einsteigen werden.

Also ist der Gesetzgeber gefordert: Aber dem ist's egal. Er schafft lieber großzügige Rettungsschirme – für die armen, armen Banken!



# Schiefelage beseitigen

Von Lutz Holzinger

**Die Entwicklung des Steueraufkommens ist besorgniserregend, weil es immer stärker von denjenigen Teilen der Bevölkerung getragen wird, die lediglich mit mittleren bis kleinen Einkommen abgespeist werden.**

Die Nutznießer des steigenden gesellschaftlichen Reichtums, die Bezieher von Spitzeneinkommen sowie Unternehmens- und Vermögensbesitzer, kommen hingegen mehr oder weniger ungeschoren davon.

Über das reale Einkommen der Werk­tätigen entscheiden zwei Faktoren: Die Höhe von Lohn oder Gehalt und die Höhe der Sozialabgaben und Lohnsteuer. Was man mit den Realeinkommen anfangen kann, das vom Bruttolohn bleibt, wird vom Niveau der Verkaufs- bzw. Umsatzsteuern mitbestimmt. Deren formale Gleichheit für alle Marktteilnehmer verschlei­ert, dass die BezieherInnen von Großeinkommen für die Mehrwert-, Mineralöl- und Tabaksteuer vergleichsweise viel weniger tief in die Tasche greifen müssen als EmpfängerInnen von Niedriglöhnen oder Mindestrenten.

Die Lage der Werk­tätigen wird von einer immer ungerechteren Aufteilung des volkswirtschaftlichen Reichtums geprägt. Ausdruck dafür ist der rapide Rückgang der bereinigten Lohnquote von über 70 auf unter 60 Prozent des Volkseinkommens. Als Folge verfügt ein Prozent der Bevölkerung über 28 Prozent des gesamten inländischen Geldvermögens. Die obersten zehn Prozent besitzen 68 Prozent des gesamten Vermögens, während sich die restlichen 90 Prozent die verbleibenden 32 Prozent teilen.

Um die zu kurz Gekommenen bei Laune zu halten, wird staatlicherseits dafür gesorgt, dass der soziale Rand der Dauerarbeitslosen, Obdachlosen, Suchtkranken, Unangepassten usw.

ständig reproduziert wird. Zu dem Zweck werden einerseits Erziehungsheime, Gefängnisse und Obdachlosen­asyle betrieben und andererseits Notstandshilfe und Mindestsicherung so tief angesetzt, dass die Armutsfalle unweigerlich zuschnappt.

## *Unparteiischer erwünscht*

Würde der Staat als Schiedsrichter zwischen Kapital und Lohnarbeit und nicht als Agent des Kapitals agieren, müsste sich das in der Steuerquote niederschlagen. Dass dies nicht der Fall ist, signalisiert der Titel des GLB-Steuerkonzepts, das am Volksstimmfest präsentiert wurde: „Sozial steuern – Löhne entlasten, Reiche besteuern!“ In der Dokumentation der fortschrittlichen ÖGB-Fraktion wird die jeweilige Steuerquote für Gewinne in den Industrieländern ausgewiesen. Mit einem Anteil von bloß 5,8 Prozent liegt Österreich – knapp hinter Deutschland mit 6,1 Prozent – an letzter Stelle der Liste, die von Japan mit 16,8 Prozent, Tschechien 13,4 Prozent und den USA elf Prozent angeführt wird.

Beeindruckend ist ein Vergleich nomineller und tatsächlicher Steuersätze der Großkonzerne: Statt 25 Prozent liefern die an der Wiener Börse notierenden Aktiengesellschaften nur 20,5 Prozent, Einzelunternehmen 17,4 Prozent und der Bankensektor 7,4 Prozent ihrer Gewinne an den Staat ab. Dieser hat als „ideeller Gesamtkapitalist“ für optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (sprich: Unternehmen) zu sorgen.

Dabei geraten die Staaten in der Ära des Neoliberalismus immer stärker in



einen Zwiespalt: Aufgrund der steuerlichen Entlastung der Unternehmen fehlen die Mittel, um Bildung, Forschung und Entwicklung ausreichend zu alimentieren. Der Notstand auf diesen Gebieten treibt nicht nur die Betroffenen in den Universitäten auf die Barrikaden, sondern veranlasste Wirtschaftskreise mit Hannes Androsch als Speerspitze, der Regierung bildungspolitisch Beine zu machen.

Dass der Staat Geld braucht, um die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur zu finanzieren, liegt auf der Hand. Daher stimmt der GLB nicht in das neuliberale Geheul nach einer niedrigen Abgabenquote (Summe von Sozialabgaben und Steuern) von ÖVP, FPÖ und BZÖ ein. Gerade um das soziale Netz zu sichern und weiter auszubauen (Stichwort: Pflegeversicherung), sind satte Steuererträge erforderlich. Allerdings muss dafür Besitz und Vermögen wesentlich stärker als bisher herangezogen werden.

## *Abgabequote kein Maßstab*

Die Abgabenquote ist in jenen Ländern relativ hoch, die über ein dichtes Sozialnetz verfügen. In Staaten mit mehr als bescheidenem Schutzschirm für Kranke, Alte, Invalide usw. ist sie hingegen äußerst niedrig. Österreich liegt mit einer Quote von 42,9 Prozent über dem EU-Durchschnitt von 39,6 Prozent und hinter Dänemark (48,3 Prozent), Schweden (47,1 Prozent), Belgien (44,3 Prozent) und Finnland (43,2 Prozent). Die deutsche Sozialquote liegt exakt am EU-

Durchschnitt. Am Ende rangieren Irland, Lettland und Rumänien positioniert mit 29,2, 28,9 bzw. 28,7 Prozent.

Die österreichische Schieflage der steuerlichen Belastung wurde systematisch herbeigeführt – weitgehend unabhängig welche Parteien gerade regierten. Das hat der Siegeszug des Neoliberalismus bewirkt, der von den USA und England auf Europa übergegriffen hat. Ausdruck fand dies in einer Reihe von Begünstigungen:

- Abschaffung der Kapitalverkehrssteuer
- Senkung des Spitzensteuersatzes von 62 auf 50 Prozent
- Abschaffung der Vermögenssteuer und Bankenabgabe
- Schaffung der steuerschonenden Privatstiftungen
- Senkung der Körperschaftssteuer
- Gruppenbesteuerung, die eine Gegenverrechnung von Auslandsverlusten mit Inlandsgewinnen erlaubt
- Steuerbegünstigung nicht entnommener Gewinne
- Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Diese Maßnahmen erklären die geringe Ergiebigkeit der Unternehmersteuern im Vergleich mit den Massensteuern. Zwischen 2000 und 2011 sind laut Finanzministerium die Einkommensteuer um 89 Prozent, die Kapitalertragsteuer um 117 Prozent und die Körperschaftssteuer um 116 Prozent gewachsen. Wesentlich dynamischer gestiegen sind die Lohnsteuer (149 Prozent), die Mehrwertsteuer (138 Prozent) und die Mineralölsteuer (160 Prozent).

### Hohe Übereinstimmung

In einer vom GLB am Volksstimmfest organisierten Diskussion mit Josef Stingl (GLB-Bundesvorsitzender), Franz Bittner (Vorsitzender der ÖGB-

Steuerkommission) und Markus Koza (Bundessekretär der AUGÉ/UG) stellte sich heraus, dass unter aktiven GewerkschafterInnen in punkto Steuerpolitik sowohl in der Analyse als auch in den Forderungen ein hohes Maß an Übereinstimmung herrscht. Im Wesentlichen geht es um höhere Beiträge der Unternehmen und Vermögenden über die Aufhebung von Steuerprivilegien, die Einführung der Wertschöpfungsabgabe und das Anzapfen von Millionäreseinkommen und Spitzenvermögen. Wie weit diese gewerkschaftliche Eintracht darauf zurückzuführen ist, dass der ÖGB insgesamt deutlich an Einfluss verloren hat und die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der SPÖ längst keine erste Geige mehr spielt, steht auf einem anderen Blatt.



Dass das Steuer- und Abgabenaufkommen einer gründlichen Reparatur bedarf, zeigt eine Berechnung der gesamten Abgabenbelastung (Mehrwertsteuer, Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer) nach den Einkommensdezilen. Daraus geht hervor, dass sämtliche Gruppen unabhängig von ihrem Einkommensniveau mit rund 36 bis 38 Prozent relativ gleich

stark belastet sind. Der Unterschied ergibt sich nicht aus der Einkommenshöhe, sondern wird von der Abgabenart bestimmt, die jeweils schlagend wird. Abgesehen davon, dass es ein Armutszeugnis ist, wenn SPÖ-Politiker mit einem gewissen Stolz darauf verweisen, dass rund zwei Millionen Werktätige gar keine Lohnsteuer blechen, müssen diese umso tiefer für Sozialabgaben und Mehrwertsteuer in die Tasche greifen.

Ein System, in dem Bankengewinne mit durchschnittlich knapp mehr als sieben Prozent belastet werden und selbst die Körperschaftssteuer (für Großbetriebe) sich nominell lediglich auf 25 Prozent beläuft, während die Werktätigen zwischen 36 und 38 Prozent ihres Lohneinkommens im

Steuertopf verschwinden sehen, ist krank. Vor diesem Hintergrund ist eine Reichensteuer, von der die SPÖ-Spitze plappert, bestenfalls ein Schönheitspflaster.

Wirkungsvolle Maßnahmen hat der GLB systematisch in einem Forderungspaket zusammengefasst. Es beginnt bei der Entlastung der unteren Lohnsteuergruppen, reicht über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer, die Anhebung der Grundsteuer und endet bei Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte wie Börsenumsatz- und Transaktionssteuer.

So notwendig eine entsprechende Steuerpolitik ist, so schwer wird sie umzusetzen sein.

**Lutz Holzinger**  
ist Journalist in Wien

# Fekter entdeckt „Bierdeckelsteuer“

Von Josef Stingl

**Bereits 2001 ließ der damalige FPÖ-Finanzminister Karl Heinz Grasser aufhorchen. Er wollte eine Steuerreform mit der „Berechnungsmöglichkeit auf einem Bierdeckel“.**

Zehn Jahre danach hat jetzt die schwarze Finanzministerin Maria Fekter diese Idee aufgegriffen – umsetzen will sie diese, indem sie Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge in einer 44prozentigen Einheitssteuer für jedes Einkommen über 10.000 Euro zusammenfasst.

Diese Maßnahme hätte natürlich einen Umverteilungseffekt, aber den richtigen? Im Vergleich ergibt sich daraus zwar für die EinkommensbezieherInnen unter tausend Euro brutto eine Erleichterung, aber jene bis 2.500 Euro wären die VerliererInnen. Darüber kann man sich bis zu einem Einkommen von 5.000 Euro wieder etwas ersparen. Insgesamt aber aufkommensneutral.

Sparen will Frau Fekter auch wo anders – bei den Finanzämtern mit 4.500 BeamtInnen. Nur, um diese BeamtInnen einsparen zu können, darf es natürlich keine Ausnahmen für sogenannte „Einzelrisiken“ mehr geben: Also keinen Alleinverdienerabsetzbetrag, keine Steuerbegünstigung des 13. und 14. Monatslohnes, keine Berücksichtigung von Sonderausgaben, kein Pendlerpauschale, keine Werbungskosten etc.

Und, wohin mit den „überflüssigen“ BeamtenInnen? „Gekündigt“ könnten sie ja nicht werden - also transferieren? Zur Post? Die PostlerInnen werden schon zur Polizei abgeschoben. Zur Polizei? Hoppla, die werden ja eh schon zur Finanz umgeleitet.

## **Aufhebung der Höchstbemessungsgrundlage**

Ihr Vorschlag bedeutet bei der Sozialversicherung auch das Aus für die ungerechte Höchstbemessungsgrundlage, so die Finanzministerin. Wäre damit der „Steuer-Purzelbaum“ nicht zumindest bei hohem Einkommen eine (längst überfällige!) Umverteilung? Leider wieder weit gefehlt!

Die konkreten Berechnungen zeigen deutlich: Die Abgabesituation entwickelt sich hier faktisch linear und gleichmäßig. Sinkt aufgrund der Höchstbemessungsgrundlage beim derzeitigen System zwar der Anteil SV-Abgaben, so ist dafür durch die progressive Gestaltung der Lohn- und Einkommenssteuer der dementsprechende Steueranteil jeweils höher.

Und die SV-Dienstgeberbeiträge? Will Fekter diese klammheimlich abschaffen? Dann wären weder Kranken-, noch Pensions- und Arbeitslosenversicherung aufrecht zu erhalten! Oder die Dienstgeberbeiträge blieben unangetastet und sind die Überweisungsgrundlage an die Sozialversicherung – dann kassiert zwar die Finanz die Sozialabgaben uneingeschränkt, der SV wird aber nur mehr der Betrag mit besagter Höchstbemessungsgrundlage überweisen - ein nettes „Körbergeld“ für die Bundeskasse. Oder gar die Höchstbemessungsgrundlage auch bei den DG-Beiträgen aufheben? Undenkbar! Werden doch schon jetzt die Lohnnebenkosten als viel zu hoch kritisiert!

## **Wozu dann dies alles?**

Geht's vielleicht gar nicht um Erleichterung und Einsparung? Das derzeitige SV-System unterliegt der Selbstverwaltung. Beim derzeitigen Beitragssystem ist die Höhe des Beitragsaufkommens transparent. Die SV-Träger können aufgrund dieser Kennziffer die Leistungen anpassen (z.B. überlegt die TGKK derzeit aufgrund der verbesserten finanziellen Situation wieder Geldzuschüsse zu Zahnregulierungen zu gewähren.)

Bei SV-Beiträgen als Teil einer Gesamtbesteuerung, kann niemand mehr garantieren, dass diese nicht gedeckelt oder gekürzt werden, um das „eherne Ziel Nulldefizit“ als vorgegebenes Ziel bis 2021 zu erreichen. Und das ohne die lästige Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen. Gleiches würde übrigens auch für die Arbeiterkammern gelten! Unsere Pflichtbeiträge sind derzeit ebenso Teil der SV-Abgaben. Der Blick auf die derzeitige Praxis der Bundesländer und ihrer „Steuerkuchen-finanzierten“ Sozialleistungen, wie bei Pflege oder bei Psychosozialer Betreuung bestätigt eindrucksvoll die oben genannten Bedenken: Dort wird gekürzt, gestrichen, bis hin zur Wiedereinführung des „Angehörigen-Regresses“.

Diese nivellierende Form der SV-Abgabeverwaltung bedeutet letztlich einen Frontalangriff auf ein bewährtes System der Selbstverwaltung und Eigenverantwortung unseres Gesundheits-, Pensions- und Arbeiterkammerwesens!

**Josef Stingl**  
**ist Betriebsrat der Lamerer**  
**Stuben in Innsbruck und**  
**Bundvorsitzender des GLB**



# Geld regiert die Welt

Von Anita Kainz

**Ein Sprichwort sagt: „Geld allein macht nicht glücklich“. Aber die „unglücklichen“ Reichen könnten diesen Zustand sofort ändern.**

Nämlich indem sie ihr Vermögen verschenken, während die unter der Armutsgrenze Lebenden ihren Zustand nicht ändern können. Daher trifft ein anderer Spruch, nämlich „Wärest du nicht reich, wäre ich nicht arm“ die Sache viel besser.

## **Geld und Macht**

Es geht hier nicht darum, dass die Reiche mehr Geld für Luxus, Gesundheit, Bildung, usw. haben. Es geht darum, dass sie durch diesen Reichtum auch viel Macht haben. Sie können Netzwerke bilden und Lobbyisten bezahlen, die ihre Interessen überall vertreten. Das ist auch der Grund, dass keine Regierung Gesetze beschließt, die den Reichen in irgendeiner Form schaden.

Seit dem Krisenjahr 2009 ist die Zahl der MillionärInnen gestiegen und ihr Vermögen deutlich angewachsen. Besondere Gewinner sind auch die Leiharbeitsfirmen, die ihre satten Gewinne auf Kosten ihrer MitarbeiterInnen machen, die oft sittenwidrige Arbeitsverträge haben. Gleichzeitig gibt es immer mehr Arbeitslosigkeit und immer mehr Menschen, die unter die Armutsgrenze fallen. Es gibt aber auch immer mehr Menschen, die nicht mehr gewillt sind, diesen Zustand widerstandslos zur Kenntnis zu nehmen. Es kommt in vielen Ländern immer öfter zu großen Demonstrationen und Streiks.

## **Schreckgespenst Reichensteuer**

Plötzlich gibt es einige Reiche, die meinen, es ist ungerecht, dass sie weniger Steuern als ihre Angestellten zahlen. Meldet sich bei diesen Leuten jetzt ihr schlechtes Gewissen, oder ist

es nicht eher die Einsicht, dass sie die einzigen sind, die bei sozialen Unruhen etwas zu verlieren haben?

Die Finanzministerin und ihre Partei sind gegen jede „Reichensteuer“ und beschwören, dass diese nur den „Mittelstand“ treffen würde. Frage an die ÖVP: Wer ist der Mittelstand? Sind das die Klein- und Mittelbetriebe, die Kleinbauern oder die besser verdienenden Angestellten? Diese wären nämlich gar nicht von einer Reichensteuer betroffen.

Ist es nicht eher so, dass die MillionärInnen und Großkonzerne verschont bleiben sollen? Die Reichen parken schon lange ihr Geld in steuer-schonenden Stiftungen. Jetzt wurde endlich die geringe Steuer für Gewinne aus Stiftungen erhöht. Die Finanzministerin bereut sogar schon ihre Zustimmung zu dieser Steuererhöhung. Sie meint, dass aus diesem Grund weniger Stiftungen in Österreich gegründet werden und dass Spenden schon geringer ausfallen.

Das ist natürlich Schwachsinn! Erstens werden in keinem Land die Stiftungen geringer besteuert als ins Österreich. Zweitens bräuchten die Reichen nichts zu spenden, wenn sie für ihre Stiftungen gleich hohe Steuern wie Gehalts- oder PensionsbezieherInnen zahlen müssten. Denn dann hätte unser Staat genug Geld, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Apropos Spenden: Nicht nur dass die Reichen weniger Steuern zahlen, sie können auch ihre Wohltätigkeit als Spenden abschreiben. Das führt wiederum zu weniger Steuereinnahmen für den Staat.

## **Die Teuerung rollt**

Es rollt gerade eine gewaltige Teuerungswelle auf uns zu. MillionärInnen stört es nicht, wenn die Preise für Miete, Strom, Gas, Benzin und Nahrungsmittel steigen. Menschen, die ein Mindesteinkommen haben, müssen aber jetzt bei jeder Ausgabe einen Euro zweimal umdrehen. Die Kaufkraft sinkt, die Firmen machen weniger Gewinne, der Staat bekommt weniger Mehrwertsteuer.

Die Zeitungen berichten, dass immer mehr Menschen wegen ihres geringen Einkommens keine Lohnsteuer zahlen. Aber eigentlich ist es eine Schande, dass es immer mehr Menschen gibt, die wegen ihrer geringen Löhne und Pensionen zwar keine Lohnsteuer entrichten müssen, aber bei ihren Einkäufen die gleichen Preise und damit die gleiche Mehrwertsteuer zahlen wie die Reichen. Ist das gerecht? Wenn alle Menschen eine leistungsgerechte Entlohnung bekommen würden, hätte der Staat mehr Lohnsteuereinnahmen.

## **Eine Zukunftsvision**

Die Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer, Anhebung der Körperschaftssteuer, Wegfall der Gruppenbesteuerung und Einführung der Wertschöpfungsabgabe statt Lohnsummenbesteuerung würden unser Staatsbudget sanieren. Jene die ihre Millionen nur geerbt oder durch den Fleiß ihrer MitarbeiterInnen erworben haben, sollen endlich ihren gerechten Beitrag für den Staat leisten! Denn es ist genug für alle da!

Anita Kainz

ist GLB-Aktivistin in Wien

# „Aktives Altern“ in Bad Ischl

Von Oliver Jonischkeit

**Wie jedes Jahr trafen sich auch heuer die Spitzen der „Sozial“partner in der idyllischen Kaiserstadt Bad Ischl.**

Thema dabei war u.a. die Tatsache, dass es die Menschen in Österreich einfach wagen, immer älter zu werden. So geht die Pensionskommission davon aus, dass die Pensionslastquote – welch schönes Wort – also die Zahl der Pensionen in Relation zur Zahl der BeitragszahlerInnen um etwa ein Drittel ansteigen wird. Die „Sozialpartner“ beschäftigten sich folglich mit Maßnahmen, die das tatsächliche Pensionsantrittsalter anheben sollen. Einerseits beim Erhalt der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit, andererseits durch verstärkte Bildungs- und Qualifizierungsangebote.

## Zielscheibe Invalidität

Insbesondere soll die Zahl der Invaliditätspensionen deutlich reduziert werden – nicht zuletzt mit Maß-

Krankenbehandlung mit Betreuung geben.

Zudem sollen Informationen über relevante Einschränkungen an das Verkehrsamt bzw. an die Waffenbehörde weitergegeben werden, wenn Gutachten eine Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit bzw. eine Gefährdung erkennen lassen. Da werden sich auch kranke Menschen gut überlegen, ob sie mit einem Antrag auf Invaliditätspension eine gefühlte Bestrafung durch Führerscheinentzug riskieren. Schon jetzt ist es schwer, eine Invaliditätspension – befristet oder unbefristet – zuerkannt zu bekommen. Insbesondere für all jene, die keinen Berufsschutz haben und noch leichte Tätigkeiten ausüben können. Gefürchtet war da früher die Arbeit als „Garagenwärter“, von denen es angeblich immer hundert offene Stellen



nahmen, die von den Betroffenen nur als Strafe empfunden werden können. Für all jene, bei denen eine Behandelbarkeit ihrer Krankheit gegeben ist, soll es statt einer befristeten Pension künftig ein „Rehabilitationsgeld“ mit medizinischer Rehabilitation bzw.

in Österreich gab, die allerdings kaum zu finden waren.

Viele Aufgaben im Zuge einer höheren Beschäftigungsquote in allen Altersklassen sollen dem AMS übertragen werden. Ob es um die Integration von Menschen mit besonderen Be-

dürfnissen in den Arbeitsmarkt geht, um spezielle Bildungs- und Qualifizierungsangebote oder um Angebote zur besseren Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt geht. Dabei stellt sich allerdings die Frage, woher die finanziellen Mittel dafür kommen sollen.

## Wo sind die Arbeitsplätze?

Es stellt sich auch die Frage, woher die vielen zusätzlichen Arbeitsplätze kommen sollen, die nötig sind, um die Beschäftigungsquote zu heben. Statt „gesund und älter in Pension“ zu gehen, sollte nach Meinung des GLB das Motto eigentlich „gesund und früher in Pension“ lauten.

Garniert mit einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung zu einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn, um tatsächlich Arbeitsplätze zu schaffen. Ebenfalls ist es höchst an der Zeit, diversen atypischen und inzwischen schon fast typischen Arbeitsverhältnissen den Garaus zu machen. Dazu gehört die Scheinselbständigkeit ebenso wie die überall wuchernde Leiharbeit sowie die Umwandlung von Teilzeit- in Vollarbeitsplätze.

## Pension erst mit 70?

Solche Maßnahmen finden sich natürlich nicht in „Sozial“partnerpapieren, sie müssen von der Gewerkschaftsbewegung erkämpft werden. Das EU-Jahr 2012 des „Aktiven Alterns“ wird dazu genug Gelegenheit geben.

Immerhin strebt die EU für das Jahr 2060 ein Zielpensionsalter von 70 Jahren an, wie aus einem entsprechenden „Grünbuch“ hervorgeht. Und da ja die Rettungsschirme für Banken und nicht für Menschen aufgespannt werden sollen, soll es eben diesen an den Kragen gehen.

**Oliver Jonischkeit**  
ist Bundessekretär des GLB



# Starke MetallerInnen

Von Anne Rieger

**Die Industriellen von Eisen und Metall wollten die Verhandlungen über den Kollektivvertrag auf die lange Bank schieben, um einen möglichst niedrigen Lohnabschluss zu erreichen.**

Ihr Verhandlungsführer Christoph Hinteregger erhoffte sich Rückenwind für sein Kalkül, den MetallerInnen durch den befürchteten Konjunkturabschwung den Schneid abzukaufen. Die Strategie der Gewerkschaften, ihre Forderung von 5,5 Prozent öffentlich auf den Tisch zu legen, und schon nach der ersten Verhandlung am 4. Oktober bundesweit Betriebsrätekonferenzen durchzuführen, durchkreuzte diese Taktik. Ebenso die dort beschlossenen Betriebsversammlungen für die beiden Tage vor dem zweiten Verhandlungstermin.

## Provozierter Abbruch

Mit nur 3,65 Prozent und einer Einmalzahlung von 200 Euro (die nicht dauerhaft in die Lohn Tabellen eingehen) provozierten die Arbeitgeber den Abbruch der Verhandlungen. Die Beschäftigten empfanden das niedrige „Angebot“ als Hohn und Missachtung ihrer Leistung angesichts der 2,5 Mrd. Euro Ausschüttungen an die Eigner.

100.000 Beschäftigte in 200 Betrieben antworteten sofort mit Betriebsversammlungen und Warnstreiks. In der Steiermark waren allein am 14. Oktober 14.300 Menschen daran beteiligt: bei Böhler Edelstahl und Schmiedetechnik, Pewag, Austria Draht, VA Erzberg, beide VA Divisionen Stahl und Schiene in Donawitz, VA Tubular, Stahl Judenburg, VAE Eisenbahnsysteme, Styria Federn, AVL, Magna Steyr, Andritz AG, RHI und andere.

## Angst vor Beschäftigten

Überhebliche Industriellenvertreter wurden gezwungen den scheinbar eingemauerten dritten Verhandlungs-  
*4/11 die Arbeit*

termin vorzuziehen. Irritiert von der Wucht der Streiks und der realen Gefahr, dass Bänder, Maschinen und Hochöfen am folgenden Montag nicht anlaufen würden, „wünschten“ die Sozialpartner-Präsidenten eine Bereinigung des Konflikts.

Verunsichert folgten die Verhandlungsspitzen und führten „Sondierungsgespräche“ an einem geheimen Ort. Offenbar hatten sie Angst vor DemonstrantInnen. Zuvor schon hatten einige Arbeitgeber Listen an „ihre“ Beschäftigten verteilen lassen um sie einzuschüchtern. Sie wurden völlig rechtswidrig mit der Abmeldung von der Gebietskrankenkasse, Verlust des Anspruches der Arbeitslosenunterstützung und Verlust des Arbeitsplatzes bedroht.

## Das Ergebnis

Per 1. November stiegen für die 165.000 Beschäftigten in der Metallindustrie und dem Bergbau die Ist-Löhne um 4,0 bis 5,3 Prozent, Lehrlingsentschädigungen um 4,3 Prozent, Zulagen um 4,0 Prozent, Aufwandsentschädigungen um 3,8 Prozent. Der KV-Mindestlohn beträgt 1.582,54 Euro, damit gibt es eine Lohnerhöhung von mindestens 80 Euro. Die Anrechnung der Karenzzeiten wird auf 16 Monate für jedes Kind erhöht. Im Durchschnitt gerechnet die bekannten 4,2 Prozent.

## Selbstbewusstsein gestärkt

Das haben die Beschäftigten in mehr als 800 Aktionen, Streiks und Arbeitsniederlegungen erkämpft. Ohne diese Arbeitskämpfe wäre das Ergebnis nicht möglich gewesen. „Die Streiks und Kampfaktionen in den

Betrieben haben das Selbstbewusstsein der arbeitenden Menschen gestärkt und zu einem Lohnabschluss über der Inflationsrate geführt“, sagt Peter Scherz, GLB-Arbeiterkammerrat, Mitglied der zentralen Verhandlungskommission und der Streikleitung bei Magna Steyr.

Gleichzeitig haben das Eingreifen der Sozialpartnerschaftsspitzen, die Sondierungsgespräche im kleinen Kreis und das Aussetzen der Streiks den Kampfeswillen der Beschäftigten abgebremst und ein noch besseres Ergebnis verhindert: „Ich habe dem Ergebnis als GLB-Vertreter schließlich zugestimmt, weil es für die Frauen und die unteren Lohngruppen deutliche Verbesserungen bringt. Hervorzuheben ist dabei der Mindestbetrag von 80 Euro monatlich. Im Gegensatz zu der von den Unternehmern angebotenen Einmalzahlung von 200 Euro ist diese Erhöhung dauerhaft wirksam.“

## Sozialpartner-Lob nicht angebracht

Die Sozialpartnerschaft hat hingegen den Kampf der Arbeiterschaft abgebremst. Es ist schade, dass die Gewerkschaftsspitze trotz der Unterstützung in den Betrieben und in der Bevölkerung insgesamt am Schluss Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Scherz: „Jetzt geht es darum, auch in anderen Branchen ordentliche Lohnabschlüsse zu erreichen und dabei vor Kampfmaßnahmen nicht zurückzuschrecken.“

Die Streiks haben auch eine Stabilisierung der KV-Bindung bewirkt. Denn gleichzeitig versucht die Firma Securitas in Graz Leiharbeiter als Busfahrer einzuschleusen – ein Versuch, geltende Kollektivverträge zu unterlaufen. In Griechenland soll durch das „Multigesetz“ im Privatsektor Tarifverträge abgeschafft werden.

Allerdings gelang es zwei Fachverbänden der Industriellen mit ihrer

Verbandsaustrittsdrohung eine Beschäftigungs- und Standortsicherungsklausel durchzusetzen. Sie ermöglicht eine andere Verteilung der Lohn- und Gehaltsstruktur. Auf diesem Wege weiterzugehen, beinhaltet langfristig die Gefahr eines Unterlaufens der kollektiven Bindung.

### *Klacks für die Wirtschaft*

Die ökonomischen Daten hätten mehr hergegeben. Angesichts der enormen Gewinnausschüttungen (2,5 Mrd. Euro an die Eigner), der Erhöhung der Grundgehälter der Führungskräfte um 4,1 Prozent plus sagenhafte Boni, sind die 385 Mio. Euro, die die Erhöhung

um 5,5 Prozent gebracht hätte, ein Klacks für die Wirtschaft.

Gleichzeitig wurde Personal abgebaut, was ein Minus von 12.000 Arbeitsplätzen ergibt. Der Beschäftigungsstand ist immer noch nicht auf Vorkrisenniveau. Mit weniger Personal wird Tag und Nacht gearbeitet. Die Produktivität ist um fünf Prozent gestiegen und der Personalaufwand ohne Abfertigungen und Pensionen an der Betriebsleistung liegt in der Metallindustrie bei durchschnittlich 15,4 Prozent. Die Lohnstückkosten in Österreich sanken seit 2005 im Verhältnis zu den anderen EU-Ländern um durchschnittlich 0,8 Prozent pro Jahr.

Dem enormen Druck der Industrie hielten die Gewerkschaftsspitzen nicht Stand. Die Sozialpartner forderten ein Aussetzen des Streiks während der Verhandlungen, den Beschäftigten schien das nachvollziehbar und sie setzten den Streik aus. Damit gaben sie ungewollt ein Druckmittel aus der Hand. Insgesamt aber ist es eine Lohnerhöhung, die eine Vorlage für die Beschäftigten anderer Branchen ist und eine Kampferfahrung, die den Streikenden nicht zu nehmen ist.

*Anne Rieger ist GLB-Aktivistin in der Steiermark*

## Grün im Gesicht

*Von Karin Antlanger*

**Wenn jemand grün im Gesicht ist, so ist dies eine Metapher dafür, dass jemand krank aussieht, ihm oder ihr schlecht ist, jemand unter Schock steht, weil er oder sie soeben mit einer furchtbaren Begebenheit konfrontiert war.**

Schlicht: etwas unglaublich Grausliches hat sich ereignet und man ist dessen angesichtig geworden, wodurch die Grünfärbung entsteht, die in Wahrheit eine besonders starke Blässe ist, weil ja das Blut aus dem Kopf flüchtet. Das Gesicht ist also nicht mehr rosig sondern so weiß, dass es grün erscheint.

Diesen Zustand bei so manchen Menschen hervorzurufen schaffen die oberösterreichischen Landtagsabgeordneten der Grünen immer wieder. Sei es, dass sie die berechtigten Anliegen der Beschäftigten der Sozialvereine pro mente und EXIT-sozial verraten haben und mit der ÖVP und der FPÖ für massive Kürzungen gestimmt haben oder nun den Landes- und Gemeindebediensteten an die Wäsche gehen – ebenfalls wieder in bewährter Union mit ÖVP und FPÖ.

In dieser unheiligen Allianz haben die Grünen im oö Landtag mit beschlossen, dass die Gehaltserhöhung der Landesbediensteten für 2012 um ein

Prozent unter jener für das Personal des Bundes ausgehandelt liegen soll. Daran gekoppelt sind dann auch die Bezüge der Gemeindebediensteten in Oberösterreich, obwohl deren Verhandlungspartner nicht das Land, sondern Städte- und Gemeindebund sind. D.h., weniger Geld für das Krankenpflegepersonal der Gespag, für KindergärtnerInnen in den Gemeinden oder für Straßenarbeiter oder Angestellten in Kulturvereinen.

Lassen es sich die Gewerkschaften gefallen, dass ihnen Schwarz-Grün-Blau kraft Landtagsbeschluss die Sozialpartnerschaft aushebeln? Offensichtlich wird auf ausgehandelte Gehaltserhöhungen gepfiffen. Wenn Linke einen gesetzlichen Mindestlohn fordern, dann erfährt man von Seiten hoher Gewerkschaftsfunktionäre immer, dass dies die Gewerkschaften schwächen würde. Wenn der oö Landtag einen ausgehandelten Mindestlohn kürzt, dann wird nur ein wenig gegrumbelt.



Speziell die Grün-Abgeordnete Ulrike Schwarz tut sich in Wahlkampfzeiten gerne dadurch hervor, dass sie den Sozialvereinen ihr Verständnis entgegenbringt und ihnen ihre Unterstützung anbietet. Im Landtag selbst ist das dann immer vergessen, da hebt sie brav mit der ÖVP und FPÖ das Praterl. Schließlich darf sie ja auch ihren Landesrat Rudolf Anschober nicht enttäuschen, wenn sie bis zur Pension Abgeordnete bleiben will.

Da kann man dann schon grün werden im Gesicht, weil man gar nicht so viel kotzen kann, wie einem schlecht wird.

*Karin Antlanger ist Sozialpädagogin und BRV von EXIT-sozial Linz*

# Auf zur Vertafelung der Gesellschaft?

Von Martin Mair

**Am 18. August übernahm der Verein „Wiener Tafel“ vom REWE-Konzern 10.000 Sets Körperpflegeprodukte seiner Billiglinie. Arme und Arbeitslose könnten sich keine Körperpflege leisten, wird suggeriert, und dies bedeute, so „Wiener Tafel“-Obmann und Sozialarbeiter Martin Haiderer, ‚nicht teilhaben können am gesellschaftlichen Leben‘ und ‚kaum Chancen am Arbeitsmarkt‘ haben“.**

Dass ausgerechnet jener Konzern, der gerade wegen systematischer Einstufung von KassierInnen in zu niedrige Gehaltsklassen von der Gewerkschaft gpa-djp vor Gericht gezerrt wurde, nun mit der Spende sich ein soziales Mäntelchen umhängt, lässt auf einen billigen Marketinggag im Sommerloch vermuten.

Den Gipfel der Frechheit war der Aufruf an die Bevölkerung, (im Einzelhandel gekaufte) Körperpflegeprodukte und Waschmittel in den (wenigen) MyPlace-SelfStorage-Filialen abzugeben, für die „Stinker“ sozusagen. Das beseitigt Ursachen der Armut genauso wenig wie damals Socken Stricken für Wehrmachtsoldaten den Zweiten Weltkrieg.

## **Paternalistische Hilfsorganisationen stützen das System**

Auf Kritik hin meint die Wiener Tafel gar, sie helfe den Menschen durch „ausschließliche Kooperation mit professionellen Sozialeinrichtungen, die ihren KlientInnen mit gezielten Begleitangeboten wie beispielsweise Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und anderen die Möglichkeit geben, ihre Lebenssituation zu stabilisieren und eigenständig zu leben.“

Das entspricht genau dem neoliberalen Dogma der „Wiedereingliederung“: Jene, die von der Wirtschaft hinaus geboxt wurden, sollen immer wieder noch mehr darum kämpfen, sich in den „Arbeitsmarkt“ zu „integrieren“. Für

4/11 die Arbeit

Jeden, der mühsam und medienwirksam „reintegriert“ wird fliegen wieder Andere eins, zwei, drei raus ...

Mit der repressiven Mindestsicherung erhöhen der Staat und das AMS den Druck auf die Armen schlecht bezahlte, prekäre (Teilzeit-)Arbeit anzunehmen. Dazu schweigen diese Hilfsorganisationen. Caritas, Volkshilfe & Co bieten ja auch selbst „Wiedereingliederungsmaßnahmen“ für das AMS an, die unter Androhung des Existenzzuges aufgezwungen werden. In „Arbeitstrainings“ darf zum AMS-Bezug gratis gearbeitet werden und dann schlecht bezahlt als „Transitarbeitskraft“. Dauerhafte, ordentlich bezahlte Erwerbsarbeit bleibt für allzu viele dennoch unerreichbar.

## **Tafeln spalten die Gesellschaft**

Laut einer Studie der Caritas Nordrheinwestfalen spalten Tafeln und Sozialmärkte die Gesellschaft, weil die auf mildtätige Gaben angewiesenen Menschen sich erst recht sozial ausgegrenzt fühlen. Der neoliberalen Ideologie werde das Feld für weiteren Abbau des Sozialstaates und den Rückzug des Staates aus seiner politischen Verantwortung freigegeben. Die Verantwortlichen dafür, dass mitten in reichen Gesellschaften immer mehr Menschen abgehängt werden, geraten aus dem Blickfeld.

Die „Wiener Tafel“ weist zwar auch auf die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich hin, aber ohne weitergehende Wirtschafts- und Gesellschaftskritik. All die Hilfsorgani-

sationen helfen den Arbeitslosen und Armen auch nicht, sich politisch wirksam zu organisieren und gemeinsam den die Armut erzeugenden Kapitalismus zu überwinden. Die Not wird zwar gelindert, die Ursache bleibt bestehen.

Dafür vermarktet sich die „Wiener Tafel“ lautstark: Jeder könne durch eine Spende zum „Robin Hood“ werden. 220 freiwilligen Helfern hätten 2010 in 10.000 (unbezahlte) Arbeitsstunden 70.000 km zurückgelegt und 330.000 kg „Über-Lebensmittel“ und Hygieneprodukte vor der Vernichtung gerettet und über 9.000 Notleidende würden versorgt. Also nicht gerade 0,5 Prozent der 70.000 Tonnen allein in Wien jährlich vernichteten Lebensmittel. Das macht gerade 100g täglich für jeden von den drei Prozent der unter der Armutgefährdungsschwelle lebenden WienerInnen (2009: 283.000). Der Verursacher, die Wirtschaft, spart nicht nur Entsorgungskosten, sondern setzt sich auch noch als Wohltäter in Szene. Die „Wiener Tafel“ sieht sich dennoch mit ihrer „sozialen Transferarbeit erfolgreich gegen Armut und Hunger“ kämpfen.

Das reicht vielleicht gerade zur Aufstandsvermeidung, aber wohl nicht auf Dauer, siehe Griechenland, Spanien, Portugal, usw.. Einstweilen läuft die dreiste Marketingmaschine noch wie geschmiert ...

**Martin Mair ist Obmann von AKTIVE ARBEITSLOSE, Info unter [www.aktive-arbeitslose.at](http://www.aktive-arbeitslose.at).**





# Dauerthema ÖBB-Budget

Von Franz Grün

**Über zwei Milliarden Euro werden die Österreichischen Bundesbahnen aus dem Steuertopf benötigen um den Betrieb aufrechtzuerhalten. So wird es in diversen Boulevardblättern kolportiert. Die Wirklichkeit sieht freilich anders aus.**

Gesprächsstoff an den Wirtschaftlichen, aber auch in den Zügen wird es wieder genug geben, wenn diverse Medien wieder einmal auf das staatseigene Unternehmen ÖBB losgehen. Von Defizitern und faulen Eisenbahnern, die noch dazu allzu früh in die Pension gehen, wird wieder die Rede sein. Und es wird wieder einmal niemand fragen, wie sich diese Mittelzuwendungen zusammensetzen.

Den größten Brocken davon wird die ÖBB Infrastruktur benötigen: Diese ist für den Ausbau und die Erhaltung des Eisenbahnnetzes sowie für die Instandhaltung und Modernisierungen der Bahnhöfe zuständig. Die Fahrgäste profitieren von rund dreißig Prozent mehr Zügen und Zugkilometern, mehr Angeboten an Bahnverbindungen im Schnellverkehr entlang der Hauptachsen zwischen den Städten entsprechend dem Bedarf, einem besseren und stabileren Angebot für Pendler rund um Ballungsräume.

## *Vorteile für alle*

Dazu kommen mehr Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene, kürzere Fahrzeiten, höhere Geschwindigkeiten und mehr Komfort durch modern ausgerüstete Strecken und weniger Langsamfahrstellen, die Grundlage für einen Taktverkehr mit gut verknüpften Verbindungen ohne große Wartezeiten und rund hundert attraktive neue bzw. modernisierte Bahnhöfe in ganz Österreich.

Und das ganze Land profitiert von zusätzlichen Arbeitsplätzen und Wertschöpfung während der Umsetzung und auch lang danach, sicheren und

umweltfreundlichen Verkehr durch z.B. weniger LKW Verkehr sowie den effizienten Einsatz öffentlicher Mittel. Beim Ausbau der Straße kräht kein Hahn danach, woher die Mittel kommen.

Einen weiteren großen Teil der für die ÖBB veranschlagten Steuermittel stellen die bestellten gemeinwirtschaftlichen Leistungen durch die Republik dar. Dabei ist zu beachten dass die Erhaltung eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Verkehrs Zuschüsse bedarf, da er auf keiner Bahn der Welt kostendeckend betrieben werden kann. Ein attraktives Angebot im öffentlichen Personenverkehr ist eine wesentliche Voraussetzung für Mobilität und dient außerdem der sozialen Gerechtigkeit.

## *Auf die Schiene verlagern*

Den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern ist ein jahrzehntelanges Anliegen und ein schier unbewältigbares Unterfangen. Negative Verkehrsfolgen für Menschen und Umwelt (Unfallfolgen, Lärm, Emissionen) werden somit vermieden und steigern die Lebensqualität. Gemeinwirtschaftliche Leistungen sind bestellte Leistungen und als solche auch zu finanzieren.

Und noch ein Thema das die Medien und die Menschen immer wieder beschäftigt, nämlich die Zuzahlungen bei den ÖBB Pensionen: Wie zu jedem anderen Pensionssystem sind vom Staat mehr oder weniger finanzielle Mittel zuzuschießen. Die Spitzenreiter dabei sind mit Sicherheit nicht die ÖBB-Pensionisten.



Die aktiven ÖBB-Beschäftigten zahlen aufgrund ihrer unterschiedlichen Dienstverträge in zwei verschiedene Pensionssysteme ein. Da knapp die Hälfte der ÖBB-Beschäftigten bereits in ASVG-System einzahlen wird der Zuschussbedarf in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen bis es keinen aktiven Eisenbahner mehr gibt der ins alte Pensionssystem einzahlt. Danach werden die ÖBB-Pensionszuschüsse hundert Prozent ausmachen. Dafür wird aber von den aktiven Eisenbahnern ins ASVG System eingezahlt.

Die ÖBB mit ihrem Investitionsvolumen leisten einen erheblichen Teil an der Erhaltung von Arbeitsplätzen wovon auch die Wirtschaft wesentlich profitiert. Das langfristige Ziel den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern sowie den arbeitenden Menschen die Möglichkeit zu bieten mit günstigen, sicheren und umweltschonenden Verkehrsmitteln ihren Arbeitsplatz zu erreichen setzt Investitionen voraus. Die Großprojekte sind allerdings ob ihrer Nachhaltigkeit zu hinterfragen.

Als Resümee kann man jedoch grundsätzlich davon ausgehen das jeder Euro der in die ÖBB investiert wird ein gut angelegter Euro ist.

**Franz Grün**  
*ist Bundessekretär des GLBvida*

# Post: Demontage fortgesetzt

Von Robert Hobek

**Die weitere Schließung von Postämtern in Wien, u.a. durch die Zusammenlegung zu BAWAG/Postfilialen hat nun auch die AK Wien auf den Plan gerufen.**

In einem gemeinsamen Antrag, der auch von der FSG und dem GLB unterstützt wurde, setzt sich die Vollversammlung der AK Wien für den Erhalt der Postämter ein. Bereits im Vorfeld der letzten Vollversammlung gab es in etlichen Bezirken Protestaktionen, Unterschriften für den Erhalt der Postämter wurden von mehreren Initiativen gesammelt.

Offenbar dämmert nun auch der sozialdemokratischen Mehrheit in der AK und der Postgewerkschaft, dass die aktuelle Fassung des Poststrukturgesetzes, vom ehemaligen Vorsitzenden der GPF, Gerhard Fritz, noch als „best practice Beispiel für die EU“ gelobt, keinesfalls Postämter rettet, da in ihm nur von der Sicherstellung der Postdienstleistungen die Rede ist. Wenig überraschend hat sich inzwischen herausgestellt, dass „Postpartner“, z.B. Gasthäuser oder Apotheken, nicht die Qualität eines vollwertigen Postamtes bieten können.

## **FCG als Sündenbock?**

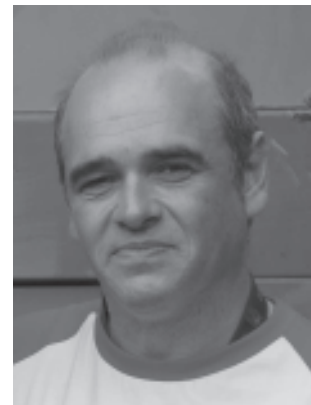
Den Sündenbock für den Niedergang der Post wittert der neue Postgewerkschaftsvorsitzende Köstinger

(FSG) ohnehin bei der FCG. In einem offenen Brief an die Postbeschäftigten wird deren Vorsitzender Wiedner für den Börsegang der Post, für den Abbau von Beschäftigten und das Zusperrn von Postämtern verantwortlich gemacht. Versehen mit der Bemerkung „danke für diesen Verrat“. Der GLB hat darüber auf seiner Homepage berichtet, worauf sich der Presseverantwortliche der Postgewerkschaft, Palensky, genötigt sah, dem GLB zu unterstellen, die Unwahrheit zu behaupten.

Wir haben nicht vergessen, wie rasch der Widerstand der Postgewerkschaft gegen den Börsegang zu Ende ging. Während die SP-Nationalratsabgeordneten mit ihrer Zustimmung zum Poststrukturgesetz den Untergang der Postämter einläuteten, hat die FCG immerhin auf genau diese Gefahr hingewiesen und ein Volksbegehren dagegen initiiert, welches auch vom GLB unterstützt wurde.

## **GLB für Kampfmaßnahmen**

Der jüngste Gag der Unternehmensführung der Post in Sachen Personalabbau waren MitarbeiterInnenbe-



urteilungen durch Vorgesetzte, bei denen es vornehmlich um jene KollegInnen ging, die kurz vor Erreichung des besonderen Kündigungsschutzes standen. Etliche Fragen mussten wie bei Schulnoten von 1 - 5 beantwortet werden, danach erfolgte die Einteilung in eine A-, B- oder C-Kategorie.

Wie auch bei der Beurteilung von Fußballfans seitens der Polizei, ist C besonders schlecht - und bedeutete die Einladung zu einem „Personalabbau“-Gespräch. Gegen diese Vorgangsweise gab es berechtigten Protest seitens der Postgewerkschaft, die sich auch die Streikfreigabe des ÖGB-Bundesvorstandes holte, um gegebenenfalls Kampfmaßnahmen durchzuführen. Der GLB in der Postgewerkschaft hat dafür seine volle Unterstützung zugesagt.

## **Streik wieder vom Tisch**

Inzwischen scheinen Kampfmaßnahmen - wieder einmal - offensichtlich vom Tisch zu sein. Der Streikbeschluss bleibt zwar aufrecht, allerdings finden bereits Gespräche zwischen Unternehmens- und Gewerkschaftsführung statt. Bis jetzt scheint klar, dass nun regelmäßig mit allen Beschäftigten Leistungsbeurteilungen stattfinden sollen - von einem Ergebnis, das Großteils nicht den Interessen der Beschäftigten entspricht, darf ausgegangen werden.

**Robert Hobek**  
ist PV-Vorsitzender am Postamt  
1230 Wien-Liesing und AK-Rat  
in Wien



# Unsere Lehren: Kein Zurückweichen!

Von *Werner Beier*

**Der Druck bei den Metallern ist gewaltig. Im ersten Halbjahr 2011 stieg die Produktivität um über 11 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.**

Darüber hinaus hat die letzte Krise der Einführung eines hinterfootigen Systems der Lohnsklaverei Vorschub geleistet: Vernichtung von Vollarbeitsplätzen zugunsten von Leiharbeit, rigideste Formen der Zeit- und Arbeitserfassung gekoppelt mit einer noch nie dagewesenen Arroganz von Managern und Vorgesetzten sowie ein allgegenwärtiges Schüren von Missgunst und Misstrauen innerhalb der Kollegenschaften.

Die Forderung nach nicht verhandelbaren 5,5 Prozent Lohnsteigerung

unter dem Eindruck der sich schamlos an den Töpfen bedienenden sogenannten „Eliten“ sind nur die eine Seite der Medaille.

Die andere, längst überfällige Seite ist die kollektive und solidarische Manifestation gegen Erniedrigungen und Frustrationen durch ein zunehmend ausbeuterisches System. So ist uns das sozialpartnerschaftliche Eingreifen des ÖGB-Präsidenten Foglars nicht willkommen, da sie dem Arbeitskampf die Dynamik nimmt.

Was diese „Sozialpartnerschaft“ letztlich bewirkt, haben wir schon 2003 erfahren müssen: Die Streikbewegung gegen die Pensionsreform und den 72-stündigen Eisenbahnerstreik. Beide Kämpfe wurden verloren, weil sie nicht bis zum Ende geführt wurden. Der ebenfalls 2003 angesetzte Arbeitskampf bei der AUA wurde im letzten Moment sozialpartnerschaftlich unterbunden.

Die Resultate: Sind unsere Pensionen jetzt gesichert? Stehen die ÖBB heute besser da? Für wen fliegt die AUA heute?

**Werner Beier ist Stv. Bundesvorsitzender des GLB**

# Wo das Geld wirklich liegt

Von *Martina Höllisch*

**Ich trete aus meiner persönlichen Überzeugung heraus für mehr Frauen in verantwortungsvollen politischen Positionen ein.**

Dass Frausein alleine noch keine Garantie dafür ist, dass dabei auch für uns Frauen etwas herauskommt, was sich von der bisher männerdominierten etablierten Politik positiv abhebt, stellt leider unsere derzeitige Finanzministerin mehr als deutlich unter Beweis. Statt gegen die Benachteiligung der Frauen anzukämpfen, setzt sie die bisherige Politik ihrer männlichen ÖVP-Parteikollegen fort.

Wie verhält sich, wenn Finanzministerin Maria Fekter mehr Steuererechtigkeit verspricht und gleichzeitig höhere und gerechtere Vermögensbesteuerung mit aggressiver Empörung bekämpft? Und sie sich zuletzt sogar dazu verstieg, jene, die für einen Solidarbeitrag der Reichen und Superreichen eintreten und die Banken und Finanzspekulanten für die Bewältigung der durch sie maßgeblich verursachten Krise in die Pflicht nehmen wollen, mit den TäterInnen der Judenverfolgung

und dem Holocaust im Dritten Reich gleichzusetzen?

Beifall für ihre Steuerpläne erhält Frau Fekter von ÖVP-Klubobmann Kopf, der unter dem Slogan „Sozialen Missbrauch zu vermeiden“, die eben erst eingeführte und sowieso unter der offiziellen Armutsgrenze liegende Mindestsicherung „nochmals überdenken“ und am liebsten wieder abschaffen möchte.

Die Antwort der SPÖ ist verhalten. Der Bundeskanzler fordert zwar lauthals die Einführung einer entsprechenden Vermögenssteuer und die steuerliche Entlastung für Einkommen zwischen 2.000 und 4.000 Euro – und das war's auch schon.

Was ist eigentlich mit jenen vielen Frauen, deren Brutto-Monatseinkommen von den 2.000 Euro monatlich weit entfernt liegt?

Ich bin der Meinung dass Umverteilung von oben nach unten schon mehr als überfällig ist! Holen WIR (!) endlich die Steuern dort, wo das (durch unsere Arbeit geschaffene) Geld wirklich liegt: In Stiftungen, bei den Banken, bei den Kapitalgesellschaften, den Erbgünstlingen, den Reichen und Superreichen.

Mit dem zurückliegenden Volksstimmefest hat der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) eine „BürgerInneninitiative an den Nationalrat - Sozialsteuern. Löhne entlasten. Reichtum besteuern“ gestartet. „Ziel ist es, dass am Ende der Kampagne der Nationalrat deutlich sieht, dass sich zahlreiche 'kleine SteuerzahlerInnen' und Initiativen und Organisationen für die steuerliche Entlastung der Löhne und eine deutliche Besteuerung von Reichtum stark machen.“

**Martina Höllisch ist Angestellte und GLB-Aktivistin in Wien**



# Haben Sie eine Lobby?

Von Leo Furtlehner

**Das Spiel ist simpel: Bestimmte Wirtschaftssparten und deren dominante Konzerne setzen über ihre Lobby in Brüssel eine Richtlinie durch. Die EU-Kommission beschließt dieselbe, die nationalen Parlamente sorgen per Verordnung für die Umsetzung in den 27 Mitgliedsländern.**

Manche lassen sich dabei viel Zeit, nicht so Österreich. Die hiesige Politik spannt den Regenschirm schon auf, wenn es in Brüssel noch gar nicht regnet. Konkret zeigt sich das bei der Umsetzung von mehr oder weniger unsinnigen EU-Richtlinien. Kommt Unmut auf, wird mit dem Finger nach Brüssel gezeigt – und verschwiegen, dass man dort zugestimmt hat.

## **Beispiel Lärmschutzwände**

Für diese Methode gibt es anschauliche Beispiele. Etwa die Lärmschutzwände, die es kaum in einem Land so im Übermaß gibt wie in Österreich. Anstatt den Verkehrslärm bei Autobahnen auf natürliche Weise durch Bäume und Sträucher zu dämpfen werden hierzulande kilometerlang Lärmschutzwände in allen Variationen aufgestellt, auch auf Strecken, wo sich sprichwörtlich Fuchs und Hase gute Nacht sagen.

Ermöglicht hat das eine vom damaligen Wirtschaftsminister Johannes Fahrenleitner (ÖVP) 1999 erlassene Verordnung, welche die Grenzwerte entsprechend tief angesetzt hat, damit einige auf Lärmschutzwände spezialisierte Unternehmen saftig Profit machen und das Budget der Asfinag plündern.

## **Beispiel Hausbriefkästen**

Gestützt auf eine EU-Richtlinie, wonach im Zuge der Liberalisierung auch privaten Postdiensten die Zustellung von Poststücken, meist Werbung, ermöglicht werden sollte, erließ der vormalige Infrastrukturminister Hubert Gorbach (FPÖ, dann BZÖ) eine Verordnung, die sogar mit 21.800

Euro Strafe bei Nichterfüllung drohte. Daraufhin ließen Hausverwaltungen im großen Stil Hausbriefkästen montieren, auf Kosten der Wohnungseigentümer bzw. MieterInnen.

Pech für die Eilfertigen, dass der Verfassungsgerichtshof die Verordnung zwei Monate vor der gesetzten Frist vom 30. Juni 2006 aufhob. Von Schadensersatz durch die Nutznießer, nämlich die Postdienste, war freilich keine Rede. Seither ist Sendepause. Die Post hat aber angekündigt, dass sie jetzt auf eigene Kosten rund eine Million Postkästen auf EU-konforme Hausbrieffachanlagen umrüsten wird.

## **Beispiel Energieausweis**

Laut EU-Richtlinie ist für neu errichtete Gebäude ab 2008 und für bestehende Objekte ab 2009 ein Energieausweis verpflichtend. Während die EU-Richtlinie einen solchen maximal zehn Jahre geltenden Energieausweis nur für Neubauten ab einer Fläche von tausend Quadratmeter vorsieht, ist in Österreich jedes Einfamilienhaus und jede Mietwohnung betroffen.

In Deutschland genügt ein „Energieausweis light“ der aus dem Energieverbrauch der letzten drei Jahre errechnet wird und ganze 30 Euro kostet. In Österreich muss hingegen ein Ziviltechniker beauftragt werden. Das kostet natürlich entsprechend. Und das dürfte wohl auch der Hintergrund der hiesigen Verordnung gewesen sein, nämlich einem bestimmten Klientel ein Supergeschäft zukommen zu lassen.



Wie Konzerne ihre Profitinteressen durchboxen wurde uns auch mit den heftig umstrittenen Energiesparlampen vorgeführt. So edel das Motiv des Energiesparens natürlich ist, sollten negative Aspekte, wie etwa durch die bisherige Beleuchtung verloren gegangene Raumwärme oder die Entsorgungsproblematik solcher Sparlampen, vergessen werden. Gezeigt hat sich hingegen in aller Deutlichkeit, dass die entsprechende Richtlinie in erster Linie einigen großen Elektrokonzernen wie Philips oder Osram nützt.

Auf der Werkbank der Brüsseler Politik befindet sich trotz aller Beschwichtigungen von Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) weiterhin die Zulassung sogenannter Gigaliner. Das sind LKWs die 60 oder gar 90 Tonnen statt der bisher maximal möglichen 40 Tonnen transportieren. Solche Fahrzeuge sind in Schweden und Finnland als Ausnahmeregelung zugelassen, aber eine Lobby von Speditionen und Fahrzeugbauindustrie werkt auf Teufel komm raus um den Einsatz EU-weit zu ermöglichen. Den testweisen Einsatz hat man immerhin für Dänemark, Deutschland und die Niederlande bereits durchgesetzt. Man darf gespannt sein, ob dieser ökologisch wie verkehrspolitische Wahnsinn durchgeboxt wird und ob die österreichische Regierung dann eine Zulassung blockiert.

**Leo Furtlehner ist verantwortlicher Redakteur der „Arbeit“**

# Nur zwei Drittel

Von Heike Fischer

**Obwohl Frauen häufig gleiche Qualifikationen besitzen oder gleiche Leistungen erbringen wie ihre männlichen Kollegen, werden sie überwiegend schlechter bezahlt.**

Frauen in der Privatwirtschaft verdienen nur zwei Drittel ihrer männlichen Kollegen: Bei gleichwertiger Arbeit erhalten Männer im Angestelltenbereich durchschnittlich ein Drittel mehr Gehalt als Frauen.

Zentraler Grund sind geschlechterspezifische Diskriminierungen, welche die Arbeitsleistung von Frauen immer noch als „minderwertiger“ ansehen. Frauen – so die Klischees – sind schlechter gebildet, psychisch und körperlich weniger belastbar, nicht durchsetzungsfähig. Sie müssen nicht wie Männer „eine Familie ernähren“.

Ein weiterer Grund ist, dass „typisch“ weibliche Berufe meist Berufe mit den geringsten Verdienstmöglichkeiten sind. Die Gehaltstabellen der Angestellten im Handel, im Sozial- und Gesundheitswesen, überhaupt im Dienstleistungssektor verglichen mit Löhnen und Gehältern im männlich dominierten Produktionsbereich zeigen die Einkommensunterschiede deutlich. Damit sind Branchen wie Pflege, Betreuung usw. für Männer auch weiterhin nicht attraktiv, was die Spirale noch weiter nach unten treibt. Und die öffentliche Hand trägt mit Kürzungsmaßnahmen noch dazu bei.

Auch die Argumente, dass Frauen häufiger in schlecht bezahlten Berufen und Branchen arbeiten, oft nur teilzeitbeschäftigt sind, weniger Führungspositionen besetzen oder eher in kleinen und mittelständischen Unternehmen arbeiten, können geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede nur teilweise erklären.

Eine bedeutende Ursache für die Einkommensunterschiede sind dagegen

die beruflichen Unterbrechungen von Frauen in den Karenz- und Kindererziehungszeiten. Sie verlieren während ihrer Abwesenheit oft Vorrückungen oder Biennalsprünge. In meiner Sozial- und heilpädagogischen Einrichtung werden beispielsweise die jeweils ersten zwölf Monate dieser Zeiten nicht für Vorrückungen angerechnet. Beim Wechsel in eine andere Einrichtung gehen häufig sogar alle Zeiten von Karenz und Kindererziehung verloren.

Auch die Väterkarenz ändert bislang daran nichts, denn meist ist es selbstverständlich, dass der besser verdienende Mann weiterhin arbeiten geht, um Einkommenseinbußen für die Familie zu vermeiden.

Auch verhalten sich Frauen bei Gehaltsverhandlungen zurückhaltender und wechseln seltener ihre Arbeitsstelle, um ein besseres Gehalt zu bekommen. Sie sind deshalb aber nicht generell unflexibler als Männer. Vielmehr sind die meisten Frauen froh, eine Stelle gefunden zu haben, bei der sie Berufstätigkeit und Familienleben vereinbaren können.

Geringere Einkommen ziehen sich wie ein roter Faden durch den lebenslangen Erwerbsverlauf. Die Ursachen sind angefangen bei niedrigen Einstiegsgehältern vielfältig, daher muss auch unterschiedlich gegengesteuert werden – über Gesetze, Regelungen in den Kollektivverträgen und betriebliche Maßnahmen.

Wichtig wäre der Ausbau einer hochwertigen sozialen Infrastruktur. In Ländern, wo Frauen bessere Erwerbs- und Einkommenschancen haben, gibt



es Kinderbetreuungsangebote mit Öffnungszeiten, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zulassen. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist unbestreitbar, wenn beiden Elternteilen Erwerbsbeteiligung ermöglicht wird.

Wesentlicher Faktor für Einkommensnachteile von Frauen sind Teilzeitbeschäftigung und andere prekäre Dienstverhältnisse. Der Einkommensunterschied ist nicht nur durch die geringere Arbeitszeit, sondern auch schlechtere Karrierechancen bedingt. Teilzeitbeschäftigte haben kaum qualifizierte Führungspositionen. Sie werden in der Weiterbildungs- und Karriereplanung wenig berücksichtigt. Es genügt nicht, möglichst Mehrarbeitszuschläge analog zu Überstundenzuschlägen einzuführen, sondern eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich schafft neue Arbeitsplätze und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Um die Einkommensschere zu schließen bedarf es einer Anhebung der Gehaltstabellen, insbesondere der Einstiegsgehälter in frauendominierten Branchen, und eine Erhöhung des Frauenanteils in „männlichen“ Branchen und oberen Hierarchieebenen. Warum also nicht eine Quotenregelung für Führungsetagen von Unternehmen oder für Aufsichtsräte? Frauen haben bei der Bildung aufgeholt und sind immer häufiger hervorragend qualifiziert.

**Heike Fischer ist  
Diplompädagogin und BRV im  
Zentrum Spattstraße in Linz**

die Arbeit 4/11

# Weltweiter Aktionstag

Von Oliver Jonischkeit

**Am 3. Oktober fand bereits zum zweiten Mal der weltweite Aktionstag des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) statt.**

Im Mittelpunkt der Aktionen, die rund um den 3. Oktober von Australien bis Nepal, von Griechenland bis Südafrika durchgeführt wurden, stand die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit. Weltweit forderten die Mitgliedsgewerkschaften des Weltgewerkschaftsbundes die 35-Stunden-Woche - sieben Stunden pro Tag, fünf Tage pro Woche.

## Soziale Sicherheit

Zweites Hauptthema war die Forderung nach öffentlichen Systemen für soziale Sicherheit. In vielen Ländern ist es eine Frage des Geldes, wer sich eine vernünftige Krankenbehandlung oder nötige Operationen leisten kann, ebenso ist in vielen Ländern die soziale Sicherheit auch im Alter nicht gewährleistet.

Der Aktionstag war ein deutliches Lebenszeichen des Weltgewerkschaftsbundes, der sich im Gegensatz zum Internationalen Gewerkschafts-

bund nicht der „weltweiten Sozialpartnerschaft“ verpflichtet fühlt, die vor einigen Jahren in New York ausgerechnet vom damaligen ÖGB-Vorsitzenden und jetzigen Sozialminister Hundstorfer gemeinsam mit Wirtschaftskammerchef Leitl gelobt wurde, sondern in erster Linie die Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten vertritt.

## Aktionen im Baskenland

Große Aktionen gab es auch im Baskenland, auf denen der baskische Gewerkschaftsverband L.A.B. unter anderem die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen forderte, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts in ihrem Land eingesetzt haben.

Schon in der Vergangenheit gab es immer wieder Aktionen der spanischen Justiz gegen den baskischen Gewerkschaftsverband, die Erstürmung seiner Zentrale durch



Sondereinheiten der Polizei und ähnliches.

Immer wieder wird auch versucht, L.A.B. das Recht, Streiks zu organisieren, abzuerkennen. Der Gewerkschaftliche Linksblock fordert von Spanien, endlich die Einhaltung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte zu akzeptieren und die sofortige Freilassung des ehemaligen Generalsekretärs von L.A.B., der für seine Bemühungen, eine friedliche Lösung für das Baskenland zu erreichen, zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Informationen zum Aktionstag und zum WGB gibt es auf der Homepage <http://wftucentral.org>

**Oliver Jonischkeit**  
ist GLB-Bundessekretär

# 15. Oktober: Occupy Austria

**Die US-Bewegung „Occupy Wallstreet“, ursprünglich eine kleine Bewegung vorwiegend von StudentInnen, die gegen die Macht der Banken aktiv wurde, verbreitete sich schnell. In den USA und auch weltweit fanden sich, auch unter Einsatz von Facebook, Twitter etc., viele, die sich den Protesten anschlossen.**

So war es nur eine Frage der Zeit, bis sich auch in Österreich vorwiegend junge Menschen fanden, die unter dem Namen „Occupy Austria“ aktiv wurden. Unterstützung für den weltweiten Aktionstag am 15. Oktober gab es unter anderem von ATTAC und der Allianz „Wege aus der Krise“, der unter anderem auch die *4/11 die Arbeit*

Gewerkschaften GPA-djp und vida angehören.

Aktionen gab es am 15. Oktober neben Wien unter anderem in Graz, Salzburg, Linz und Innsbruck, an denen sich AktivistInnen des GLB beteiligten. Während milliardenschwere Rettungsschirme für Banken ge-

spannt werden, sollen diese gleichzeitig von der Bevölkerung mit Sozialabbau, Steuererhöhungen etc. bezahlt werden.

Die Hoffnung des Kapitals, die Bewegung möge so plötzlich wieder verschwinden wie sie gekommen ist, hat sich bis jetzt jedenfalls nicht erfüllt. Nach wie vor finden in mehreren Ländern immer wieder Aktionen statt, in den USA aber z.B. auch in Deutschland in Form eines Protestcamps in der Bankenmetropole Frankfurt.



# 9/11: Auf einem Auge blind

Von Ursula Lang

**Angesichts des Anschlags auf die Twin-Towers erklärte die US-Regierung 2001 dem Terrorismus den Krieg. Jeglichem Terrorismus? Wohl kaum, betrachtet man das Verhältnis Washingtons zu exilkubanischen Gruppen.**

Terrorgruppen, die für die US-Regierung und Geheimdienste „Schmutzarbeit“ verrichten, werden mit Wissen Washingtons ausgebildet und mit Waffen beliefert. Oder sie können Terroranschläge durchführen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Obwohl bekannt ist, dass bei diesen Terrorakten gegen kubanische Einrichtungen in den letzten fünfzig Jahren 3.478 Menschen starben und 2.099 verletzt wurden.

Ein Kopf des exilkubanischen Terrorismus ist Luis Posada Carriles. Er führt seit vierzig Jahren im Auftrag der CIA terroristische und paramilitärische Aktionen gegen progressive Kräfte in Lateinamerika durch. Zusammen mit Orlando Bosch plante er 1976 das Bombenattentat auf ein Flugzeug der Cubana, bei dem 78 Menschen starben, darunter 24 Mitglieder der kubanischen Fechtmannschaft.

In den 1990er Jahren war Posada Carriles an Bombenanschlägen gegen kubanische Touristenhotels beteiligt. Bei der Explosion im Hotel Copacabana kam dabei 1997 der Italiener Fabio di Celmo ums Leben, elf Menschen wurden verletzt.

Anfang des Jahres 2011 musste Posada Carriles vor ein Gericht in El Paso. Nicht wegen seiner Terroranschläge, sondern wegen Verstöße gegen das Einwanderungsgesetz. Bei dem Prozess wurden Dokumente vorgelegt, welche die Beteiligung Carriles an den Anschlägen bestätigten, es gab auch Zeugenaussagen, die ihn beschuldigten. Trotzdem wurde er freigesprochen.

Kuba und Venezuela fordern seit Jahren von den USA die Auslieferung von Posada Carriles. In Venezuela wird gegen ihn wegen Folter, Mord und anderen Gewaltverbrechen ermittelt. Wie Carriles und die exilkubanische Szene von der US Regierung beschützt werden, zeigt auch der Fall von fünf kubanischen Staatsbürgern, die in die Mühlen der amerikanischen Justiz gerieten: Gerardo Hernández Nordelo, Rene Gonzales Schwerert, Ramon Labanino Salazar, Fernando Gonzales Llorca und Antonio Guerrero Rodríguez hatten von der kubanischen Regierung den Auftrag, Kuba vor dem organisierten Terrorismus zu schützen, der von Exilkubanern in Miami ausgeht und auch finanziert wird. Sie schleusten sich in die exilkubanischen Terrorgruppen ein und deckten Attentatspläne auf, die von den kubanischen Behörden den US-Behörden zur Kenntnis gebracht wurden.

In den entsprechenden Dokumenten waren auch Informationen enthalten, über Anschläge, die gegen Luftfahrtgesellschaften durchgeführt werden sollten, die Flüge nach Kuba durchführen. Man sollte annehmen, dass die US-Behörden daraufhin im Rahmen ihrer weltweiten Terrorbekämpfung mit Verhaftungen reagierten. Das taten sie auch. Es wurden allerdings nicht die Planer dieser Anschläge verhaftet, verurteilt und eingesperrt, sondern die fünf Kubaner.

Sie wurden wegen Spionage angeklagt und verurteilt. Gerardo Hernández Nordelo wurde zudem wegen Verschwörung zum Mord verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, für den Abschuss zweier Kleinflugzeuge



verantwortlich zu sein. 1996 waren die beiden Flugzeuge der in Miami ansässigen terroristischen Organisation „Hermanos al Rescate“ in den Kubanischen Luftraum eingedrungen und wurden abgeschossen, nachdem sie die Aufforderung, den Luftraum zu verlassen, nicht befolgt hatten. Es ist erwiesen, dass sich Nordelo zu diesem Zeitpunkt in Miami aufhielt. Dass die entsprechende Anklage absurd war, erkannte auch der damalige US-Justizminister John Ashcroft; er versuchte mit einem Eilantrag an die Staatsanwaltschaft die Rücknahme dieser Beschuldigung zu veranlassen, weil dafür keine Beweise vorlägen. Der Antrag kam leider zu spät – und Nordelo wurde verurteilt.

Ein Berufungsgericht in Atlanta stellte darüber hinaus fest, dass die fünf Kubaner keinerlei geheime Informationen gesammelt hätten und auch keine Spione sein könnten. Trotzdem sitzen sie seit dreizehn Jahren in verschiedenen Haftanstalten in den USA. Sie sind einer Vielzahl von Schikanen ausgesetzt. Zwei von ihnen dürfen keine Besuche ihrer Ehefrauen bekommen, weil diesen die Einreise in die USA verweigert wird.

Kollateralschäden im „Krieg gegen den Terror“?

**Ursula Lang  
ist GLB-Aktivistin in Salzburg  
und in der Kuba-  
Solidaritätsbewegung aktiv**

# Kasachstan: Streik geht weiter

Von Rob Jones und Laura Rafetseder

**Das Regime in Kasachstan tut so als sei der Streik der ÖlarbeiterInnen in Zhanaozen und Aktau beendet. Das sehen die seit fast fünf Monaten Streikenden anders.**

Jeden Tag versammeln sie sich auf den Hauptplätzen der beiden Städte, um den Rednern zuzuhören und darüber zu diskutieren, wie der Streik fortgesetzt werden soll. Es ist der bedeutendste Streik in der ehemaligen Sowjetunion seit den Bergarbeiterstreiks in den frühen 90ern. Der Streik war vom Management bei KarazhanBasMunai, der Tochtergesellschaft von KazMunaiGaz, durch den Abbruch der Lohnverhandlungen provoziert worden. Es ging dabei um Bezahlung von Arbeit unter gesundheitsgefährdenden Umständen. Die ArbeiterInnen arbeiten in der Wüste und ihr Durchschnittslohn beträgt nur knapp tausend Euro pro Monat.

## **Repression gegen Streikende**

Polizei, Gerichte, KNB und Staatsanwaltschaft haben alle die ArbeitgeberInnen unterstützt. Hunderte von Streikenden haben ihren Job verloren. Eine Juristin der Gewerkschaft, Natalia Sokolova, ist zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden, Streikaktivist Akzhanat Aminov hat eine Gefängnisstrafe von einem Jahr bedingt bekommen. Mitte August wurde Gewerkschaftsaktivist Zhaksylyk Turbayev von Auftragskillern getötet. Nur Wochen später wurde auch die Tochter eines anderen Streikaktivisten brutal ermordet.

## **Enorme Profite**

Unter normalen Umständen fördert jedeR ArbeiterIn durchschnittlich Öl im Wert von 30.000 Euro, von denen 5.500 an die Regierung geht und nur 1.500 für Löhne verwendet werden.

Selbst wenn Investitionen und anlaufende Kosten sowie Reperaturen einberechnet werden, bleibt dem Unternehmen immer noch ein „Mehrwert“ von 15.000 Euro pro Arbeiter und pro Monat. Wenn KazMunaiGaz aus den Händen der Profiteure genommen würde und unter Kontrolle der Arbeiterschaft gestellt würde, könnten mit diesem Geld nicht nur bessere Arbeitsmittel und höhere Löhne bezahlt werden, sondern auch die Höhe des Geldes, das ans Staatsbudget fließt angehoben werden.

## **Internationale Solidarität**

Im Juli hat der EU-Parlamentarier Paul Murphy Zhanaozen und Aktau besucht um seine Solidarität auszudrücken. Dort hat er sich mit VertreterInnen der Unternehmen getroffen, die sich beschwert haben, dass sie „verhandeln wollten“. Murphy wies darauf hin, dass sechs VertreterInnen von den Streikenden gewählt, aber zwei davon auf Anweisung des Managements inhaftiert worden waren. Das Haus eines Dritten war von unbekanntem TäterInnen in Brand gesteckt worden. Murphy half, die internationale Info-Blockade über den Streik zu brechen und initiierte einen Fonds um den Familien und Kindern der Streikenden in der Mangystauskoi-Region zu helfen. Er fordert u.a. die Freilassung von Natalia Sokolova aus dem Gefängnis, die bedingungslose Wiedereinstellung jener, die entlassen worden waren, eine Aufnahme der Verhandlungen mit den gewählten VertreterInnen der Streikenden, sowie

die Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen Kasachstans unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnenschaft.

Viele Gewerkschaften und linke Organisationen haben sich der internationalen Kampagne zur Unterstützung der ÖlarbeiterInnen von Kasachstan, angeschlossen. In Österreich unter anderem die Jugendorganisation der GPA-DjP, die SLP und der GLB.

## **Soli-Antrag in der AK**

Im Oktober brachte der GLB einen Solidaritätsantrag in die Wiener Arbeiterkammer ein. Dieser wurde, so wie alle Anträge die von der AK internationale Solidarität einforderten, abgelehnt. Beschämenderweise mit dem „Argument“ die AK sei nicht für internationale Solidarität zuständig. Der GLB wird die Solidarität nun in verschiedenen Gewerkschaftsgremien einfordern.

Solange der Streik weiter geht und Natalia Sokolova in Haft ist, geht unsere Kampagne weiter:

- Für die sofortige Anerkennung der Republikanischen ArbeiterInnen-gewerkschaft „Zhanartu“
- Für die sofortige Freilassung von Natalia Sokolova
- Sieg für die ÖlarbeiterInnen von Zhanaozen und Aktau

**Rob Jones lebt in Russland und ist im „Komitee für eine ArbeiterInnen Internationale“ aktiv**

**Laura Rafetseder ist in der SozialistischenLinksPartei aktiv**

# Gleichberechtigte Sozialpartnerschaft?

Von Anne Rieger

**Erstmals steht die Arbeit von Betriebsratsmitgliedern im Zentrum einer qualitativen Untersuchung. Die AutorInnen befragten BetriebsrätInnen und GewerkschaftssekretärInnen in zweistündigen Interviews.**

Täglich im Betrieb auftretende Probleme in einer transnationalen Handelskette wurden bearbeitet. Die ForscherInnen nehmen die Sichtweise der Betriebsratsmitglieder als Ausgangspunkt der Untersuchung, nicht die einer „unehrlichen Neutralität von Wissenschaft“.

Die zentralen „kulturellen“ Praktiken der Sozialpartnerschaft - Vertrauensbeziehungen und Verrechtlichung auf betrieblicher Ebene - werden durchleuchtet. Kritisch wird die Auswirkung der veränderten Herrschafts-, Handlungs- und Kommunikationsstrategien der Konzernzentralen auf diese Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte und Gewerkschaften untersucht. Vormalis erfolgreiche Durchsetzungsmöglichkeiten werden in den veränderten gesellschaftlichen Machtverhältnissen nüchtern hinterfragt.

Die von den Interviewten wahrgenommene Veränderung des Machtgefüges zwischen Betriebsbürokratie und Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten lassen sich auf andere Branchen übertragbar. Das zeigte die Diskussion der Ergebnisse mit VertreterInnen der GPA/djp und BetriebsrätInnen anderer Branchen.

Wie ein Krimi liest sich das Kapitel in dem die Konzernbedingungen, die Arbeitsverhältnisse, die Probleme der BR-Mitglieder im Betrieb, im Kollegium und ihre Stellung zwischen Betrieb und Gewerkschaft dargestellt werden. Die ForscherInnen identifizieren u.a. eine betriebliche Bürokratie, die über Befehl und Vorgaben agiert, subtiler und effizienter aber über „spezifisch gestaltete Anreiz-

systeme, die die Beschäftigten dazu animieren, die Arbeitsabläufe selbst zu optimieren.“

Über allem steht die scheinbar rationale Logik der ökonomischen Kennzahlen, durch welche die Betriebsleitung ohne Zwang auszuüben, eine Verdichtung der Arbeitsgeschwindigkeit und der Arbeitszeit erreicht. Durch gezielte Lenkungseffekte werden die autonomen Gestaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten gravierend beschränkt. Zusätzlich werden durch technische Neuerungen, permanente Unterbesetzung, verlängerte Öffnungszeiten – also durch Zwang - die Arbeit intensiviert.

Häufig stehen die BR-Mitglieder den beschriebenen Prozessen relativ hilflos gegenüber. Warum, so die AutorInnen, können BetriebsrätInnen und Beschäftigte der Wettbewerbslogik zu wenig entgegensetzen? Betriebliche Handlungsräume, die erlauben würden, alternative Deutungen der sozialen Realität gemeinsam zu erarbeiten, fehlen. Warum werden sie nicht organisiert?

Das gezielte strategische Vorgehen der Geschäftsleitung BetriebsrätInnen ihre Arbeit zu erschweren und sie innerhalb des Betriebes an den Rand zu drängen, ist nur eine Antwort. Beispiele sind das Schaffen einer Atmosphäre, die die Arbeit der BetriebsrätInnen nicht anerkennt oder sie direkt oder indirekt vor die Wahl zwischen Karriere oder Betriebsratstätigkeit stellt.

Schwerer wiegt der informelle Einfluss einer übermächtigen Konzernhierarchie mittels der Betriebsbürokratie.



Die wichtigste Praxisform der Sozialpartnerschaft, das Vertrauensverhältnis, setzt umfassende und rechtzeitige Information voraus. Da die BR-Mitglieder kaum mehr dauerhafte AnsprechpartnerInnen vor Ort haben, diese ständig rotieren und nur mehr über sehr eingeschränkte Entscheidungsbefugnisse verfügen, sind die Interessenvertreter permanent gezwungen innerhalb der Bürokratie ständige Netzwerkarbeit zu leisten, um nur ansatzweise an notwendige Infos zu kommen. Die Praxis der Vertrauensbeziehung wird auf der untersten Ebene entwertet – ihre Wirkung reduziert sich, bei gleichzeitig höherem Aufwand für die Betriebsratsmitglieder. Zeit, kollektive Kommunikation mit den Beschäftigten zu organisieren, wird so zunehmend beschnitten.

Die Untersuchung zeigt weitere Sperrfeuer des Managements gegen die Sozialpartnerschaft. Auch das Problem der schwindenden Identifikation mit der Gewerkschaft wird thematisiert. Damit verringern sich der kollektive Einfluss der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung und die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in der Gesellschaft.

Einen Änderung, können nur aktivierte Belegschaften in den Betrieben sein, denn die Konflikte verlagern sich zunehmend auf diese Ebene. Die Kollektivierung der Konfliktfähigkeit auf diese Ebene erfordere aber, die gewerkschaftliche Praxis neu zu gestalten. Kein leichtes Unterfangen



angesichts der jahrzehntelangen Konzentration der Gewerkschaften auf das institutionelle Machtpotential. Da sowohl Untersuchung als auch Veröffentlichung von GPA-djp und ÖGB unterstützt wurde, ist damit ein erster Schritt für einen sicher langwierigen Lernprozess zu sehen, um die Durchsetzungsfähigkeit von Beschäftigten, ihren Betriebsräten und Gewerkschaften zu steigern.

**Anne Rieger ist GLB-Aktivistin in der Steiermark**

Mario Becksteiner, Elisabeth Steinklammer, Florian Reiter, Betriebsratsrealitäten, Betriebliche Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften und Betriebsräten im Kontext der Globalisierung, ÖGB Verlag, 24,90 Euro



**Sein Steuerkonzept und die „Arbeit“ präsentierte der Gewerkschaftliche Linksblock auf seinem Stand im Rahmen der Kritischen Literaturtage im ÖGB Anfang November. Ebenfalls erhältlich war der neue GLB-Kalender für 2012, den wir auf Wunsch gerne zuschicken.**

## Schreib! Arbeiter!

**Die Literatur der Arbeitswelt war ab den 1960er Jahren eine breite Bewegung, die nicht nur viele SchriftstellerInnen zur Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt bewegte, sondern auch einfache ArbeiterInnen oder Angestellte bewog selbst zur Feder zu greifen.**

Einer von ihnen war der steirische Arbeiter Erich Zwirner (1928-2003), der sich 1978 am Literaturwettbewerb „Geschichten aus der Arbeitswelt“ der steirischen Arbeiterkammer beteiligte und in den folgenden Jahren mit einer Reihe von Geschichten seine Erfahrungen zu Papier brachte und dafür mit weiteren Preisen ausgezeichnet wurde. Die Werkstatt Wien des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt würdigte Zwirner 2011 mit einer Broschüre in der (auszugsweise) seine wichtigsten Arbeiten dokumentiert werden. Besonders eindrucksvoll die Kurzgeschichte „Tod in der Nacht“.

In einer Diplomarbeit hat Barbara Magg 1991 Zwirners Leben und literarisches Wirken dargestellt. Werner Lang, selbst wie Zwirner Werksarbeiter der damaligen VEW Mürzzuschlag-Hönigsberg schreibt, dass Zwirner zu jenen kritischen und realistischen Schriftstellern gehörte, die „auf ihre Weise, realistisch und aus der Sicht der Arbeiter, die herrschenden sozialen Beziehungen“ darstellte.

Erich Zwirner, Schreib! Arbeiter!, edition tarantella, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Werkstatt Wien, 2011

edition tarantella



Erich  
Zwirner



Schreib!  
Arbeiter!

LITERATUR DER ARBEITSWELT

## GLB für internationale Solidarität

**Am 25. Oktober fand die 156. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer statt. Robert Hobek, AK-Rat des Gewerkschaftlichen Linksblocks, nahm in seiner Wortmeldung erfreut zur Kenntnis, dass immer mehr Stimmen laut werden, die sich für eine Vermögenssteuer einsetzen.**

„Wenn sich zwei Drittel der Bevölkerung nur ein Drittel des Vermögens teilen und gleichzeitig Österreich eines der Schlusslichter bei der Vermögensbesteuerung in der EU ist, was ist das für eine Gerechtigkeit“, fragte Robert Hobek: „Wir sind entschieden dagegen, zur Budgetsanierung öffentliches Eigentum zu privatisieren, nur damit die Reichen nicht zahlen müssen“.

Der GLB setzt sich im Gegenteil für den verfassungsmäßigen Schutz öffentlichen Eigentums ein. Zur Debatte über die Einführung einer

Vermögenssteuer merkte Hobek an, dass es Zeit für die Umsetzung wird. Ein Schritt in diese Richtung ist die unter dem Motto „Sozial steuern. Löhne entlasten. Reichtum besteuern“ laufende Petition an den Nationalrat, mehr Informationen dazu unter [www.sozialsteuern.at](http://www.sozialsteuern.at)

Verärgert zeigte sich Robert Hobek über die Ablehnung jener Anträge, bei denen die internationale Solidarität gefragt gewesen wäre. So forderte der GLB die sofortige Freilassung des ehemaligen Generalsekretärs des baskischen Gewerkschaftsverbandes

LAB und die Einhaltung der Gewerkschaftsrechte auch im EU-Mitgliedsland Spanien. Alle Anträge, bei denen internationale Solidarität notwendig gewesen wäre, wurden von der Mehrheit in der AK-Vollversammlung abgelehnt.

Angenommen wurde jedoch ein Antrag des GLB, der sich mit dem leidigen Thema aufeinanderfolgender befristeter Dienstverträge beschäftigt und diese als rechtsungültig betrachtet. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag des GLB, bei dem es darum geht, dass in den Betrieben durch entsprechende Pausenregelungen und Erholungsmöglichkeiten dafür gesorgt wird, dass es nicht zu negativen Arbeitsnachwirkungen kommt.

*Die Anträge des GLB im Wortlaut auf [www.glb.at](http://www.glb.at).*

## Sozialstaat stärken und ausbauen

**Bei der Vollversammlung der steirischen AK am 10. November 2011 traten die Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) für radikale Maßnahmen ein.**

AK-Rat Peter Scherz: „Ich möchte dort was lukrieren, wo wirklich was zu holen ist“ Unter dem Titel „Immobilienbesitz soll versteuert werden“ legte der GLB in der AK-Vollversammlung einen Dringlichkeitsantrag zur Reform der Grundsteuer vor. Peter Scherz wandte sich in seinem Redebeitrag gegen die Verteilungsgerechtigkeit. Immobilien und Grundbesitz, die nicht der Eigennutzung dienen, sondern der Einkommenssteigerung, sollten höher besteuert werden.

Obwohl es in der Kammer heftige Diskussionen gab, wie die Einnahmen des Staates erhöht werden können um die Mehrheit der Bevölkerung vor den Folgen der Bankenpakete zu schützen und weiteren Sozialabbau zu ver-

meiden, wurde dieser Antrag nur an den Ausschuss zugewiesen.

Dem GLB-Antrag „Sozial steuern. Löhne entlasten. Reichtum besteuern“ stimmte die Kammer mit Mehrheit zu. Darin wird die Senkung des Einkommenssteuersatzes gefordert und im Gegenzug die Anhebung von Spitzensteuersatz und Körperschaftssteuer, sowie die Einführung einer Vermögenssteuer und die Beseitigung der Gruppenbesteuerung.

„Man muss auch zu unkonventionellen, radikalen Maßnahmen greifen, zum Beispiel Mietstopp und Verstaatlichung der Banken“, mahnte Kurt Luttenberger, AK-Rat des GLB. Er erinnerte daran, dass „gerade in der Krise, der Sozialstaat gestärkt werden

muss und nicht abgebaut“. Er erinnerte weiters daran, dass diese Politik jetzt von der gerade neu gewählten dänischen Regierung so in Angriff genommen wird. Die neue dänische Mitte-Links Regierung habe ihren Haushaltsentwurf für 2012 vorgestellt. Er beinhaltet ein staatliches Investitions- und Wachstumsprogramm.

Auch die beiden GLB-Anträge „Sechs Wochen Mindesturlaub für alle“ und „Pausenregelungen bei der Arbeitszeitgestaltung“ derart, dass durch genügend Erholungsmöglichkeiten im Betrieb dafür gesorgt werde, dass der Mensch möglichst gesund in Pension gehen kann, wurden mehrheitlich angenommen.



2  
0  
1  
1



## Volksstimmefest

Der GLB bot auch heuer wieder im „Zentrum Arbeitswelt“ auf der Festwiese ein abwechslungsreiches Musik- und Diskussionsprogramm. Höhepunkt war die Diskussionsrunde rund um die Vorstellung des Steuerkonzepts des GLB.

## GLB-Jahreskalender 2012

Auch für 2012 gibt es wieder den schon traditionellen roten GLB-Jahreskalender, der in zahlreichen Betrieben von den KollegInnen gerne als Nachweis für die Eintragung von Arbeitszeiten, Urlauben, Zeitausgleich etc. verwendet wird. Der 44-seitige Kalender im handlichen Kleinformat (9,5 x 15 cm) enthält neben dem eigentlichen Kalendarium eine Jahresübersicht, die Ferientermine sowie zahlreiche Infos über den GLB und alle wichtigen Kontaktadressen. Durch wichtige Hinweise zur Arbeitszeit und eine Kurzinfor zur GLB-Steuerkampagne sowie den Adressen der Arbeiterkammern wurde der Kalender weiter verbessert.

**Bestellungen bitte beim GLB-ÖGB, Kollegin Helga Pruckmoser,  
Telefon +43 (1) 53 444-308 bzw. Mail [helga.pruckmoser@oegb.at](mailto:helga.pruckmoser@oegb.at).**



### Alles Gute für 2012!

Wir wünschen auf diesem Wege allen Mitgliedern des GLB, allen für den GLB aktiven MandatarInnen, AktivistInnen und UnterstützerInnen sowie den LeserInnen der „Arbeit“ erholsame Feiertage sowie alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg im gemeinsamen Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen, Erwerbsarbeitslosen und Prekarisierten für soziale Gerechtigkeit, eine aktive Lohnpolitik und Arbeitszeitverkürzung und im Sinne einer fortschrittlichen, linken und kämpferischen Gewerkschaftspolitik auch im Jahre 2012.

- GLB-Bundesleitung
- Josef Stingl, Bundesvorsitzender
- Mag. Karin Antlanger, Werner Beier, Barbara Buchacher-Kundi, Stv. Bundesvorsitzende
- Oliver Jonischkeit, Bundessekretär
- Redaktion „Die Arbeit“



## DER FACHMANN SPRICHT



*GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!*

Öffentliches Medium: Dieses Medien liest der „Observer“, Österreichs größter Medienbeobachter

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030, Benachrichtigungspostamt 1110 Wien

Österreichische Post AG/Sponsoring-Post – GZ 02Z031433 M

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an GLB, Hugogasse 8, 1110 Wien